

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Besondere Besteuerungsformen und –verfahren in der Umsatzsteuer	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmer lernen Abwandlungen und Systembrüche des Allphasennetto-Umsatzsteuer-Systems mit Vorsteuerabzug kennen.</p> <p>Die Teilnehmer sollen dabei unter Anleitung besondere Besteuerungsformen und -verfahren, sowie ausgewählte Spezialthemen in der Umsatzsteuer kennenlernen.</p>	1 Besteuerung von Reiseleistungen § 25 UStG	4
	2 Differenzbesteuerung § 25a UStG	3
	3 Besteuerung nach Durchschnittssätzen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe § 24 UStG	5
	4 Besteuerung nach Allgemeinen Durchschnittssätzen § 23 UStG	4
	5 Innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte § 25b UStG	4
	6 Umsatzsteuerliche Behandlung von Leasinggeschäften	4
	7 Dienstleistungskommissionen § 3 Abs. 11 UStG	3
	8 Factoringgeschäfte	3

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Coaching in der Verwaltung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmer erkennen die Bedeutung von Coaching für die Verwaltung.⁽³⁾</p> <p>Die Teilnehmer erlangen Grundkenntnisse über die unterschiedlichen Formen von Coaching und deren Anwendungsmöglichkeiten.⁽³⁾</p> <p>Die Teilnehmer erlangen Grundkenntnisse über den Ablauf eines Coachings.⁽²⁾</p> <p>Die Teilnehmer können auf der Grundlage des Erlernten und dem vorhandenen Ist-Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten.⁽⁴⁾</p>	1	Begriffsklärung	4
	1.1	Definition	
	1.2	Abgrenzung zu anderen Lern- und Beratungsformen	
	1.2.1	Fachberatung	
	1.2.2	Supervision	
	1.2.3	Mediation	
	1.2.4	Mentoring	
	1.2.5	Therapie	
	2	Arten des Coachings	4
	3	Anwendungsfelder für Coaching	6
4	Ablauf und Phasen eines Coachingprozesses	4	
5	Methoden und Techniken im Coaching	6	
6	Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen von Coaching in der Verwaltung, z.B.	6	
	<ul style="list-style-type: none"> ● Personalentwicklung ● Führung ● Wissensmanagement ● Konfliktlösung ● Gesundheitsprävention 		

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen	1 Marktwirtschaft	2
- die aktuelle Lage Deutschlands bezüglich der ökonomischen, finanz- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen kennen und verstehen. ⁽²⁾	1.1 Funktionsweise der Marktwirtschaft 1.2 Funktionsprobleme der Marktwirtschaft 1.3 Ausgestaltung als soziale Marktwirtschaft	
- die erlangten Erkenntnisse unter Berücksichtigung internationaler Beziehungen interpretieren können. ⁽²⁾	2 Angebot und Nachfrage 2.1 Preisbildung und Preisvorschriften 2.2 Konsumenten- und Produzentenrente 2.3 Auswirkungen von Steuern	2
- dieses Wissen anhand von geeigneten Beispielen darstellen und erörtern können. ⁽³⁾	3 Marktstrukturen 3.1 Produktionsfaktoren einer Volkswirtschaft 3.2 Wettbewerb und Monopole 3.3 Ursachen und Folgen von Konzentrationen 3.4 Möglichkeiten und Grenzen der Wettbewerbspolitik in Deutschland	2
	4 Internationaler Handel	3
	4.1 Bedeutung des Internationalen Handels für Deutschland 4.2 Ursachen und Folgen der Globalisierung der Weltwirtschaft 4.3 Standortwettbewerb von Staaten und Beschränkung der nationalen Autonomie insbesondere in steuerlicher Hinsicht 4.4 Möglichkeiten und Grenzen der Außenhandelspolitik 4.5 Grundprinzipien der Welthandelsordnung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>5 Strukturgrößen</p> <p>5.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Bruttoinlandsprodukt</p> <p>5.2 Konjunkturindikatoren und Konjunkturzyklus</p> <p>5.3 Langfristiges Wirtschaftswachstum und Wachstumskritik</p> <p>5.4 Weltweit unterschiedliche Wachstumsraten und deren Ursache</p> <p>5.5 Zahlungsbilanz</p> <p>5.6 Inflation, Disinflation und Deflation</p> <p>5.7 Einkommens- und Vermögensverteilung nebst staatlicher Umverteilung z.B. durch Steuern</p> <p>5.8 Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik</p> <p>6 Öffentliche Hand</p> <p>6.1 Aufgaben staatlicher Finanzwirtschaft</p> <p>6.2 Haushaltsgrundsätze</p> <p>6.3 Struktur und Entwicklung der Staatseinnahmen und der Staatsverschuldung</p> <p>6.4 Grenzen der Staatsverschuldung</p> <p>6.5 Möglichkeiten und Grenzen der Fiskalpolitik</p> <p>7 Kapitalmarkt</p> <p>7.1 Bedeutung und Funktionsweise des Kapitalmarkts</p> <p>7.2 Geldangebot, Geldnachfrage, Geldmarktgleichgewicht und Geldwirkungen</p> <p>7.3 Geldschöpfung und Geldvernichtung</p>	<p>8</p> <p>4</p> <p>3</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>7.4 Ziele, Mittel und Probleme der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank</p> <p>8 Währungssystem</p> <p>8.1 Währungssystem mit flexiblen oder festen Wechselkursen</p> <p>8.2 Währungssystem des Internationalen Währungsfonds - Grundprinzipien, Probleme und Reformbedarf</p> <p>8.3 Währungssystem der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion - Grundprinzipien, Probleme und Reformbedarf</p> <p>9 Binnenmarkt</p> <p>9.1 Grundstrukturen des Binnenmarkts</p> <p>9.2 Probleme und Perspektiven der Steuerharmonisierung bei den direkten und indirekten Steuern</p>	<p></p> <p>3</p> <p></p> <p></p> <p></p> <p></p> <p>3</p>

Fach		Gesamtstunden	30	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmer lernen die historische Entwicklung der Gesetzgebungskompetenzen im nationalen/europäischen Steuerrecht kennen ⁽¹⁾	1	Historische Entwicklung der Gesetzgebungskompetenzen im nationalen/europäischen Steuerrecht, Darstellung der Begrifflichkeiten	6
Die Teilnehmer lernen das konkrete Verfahren der (nationalen) Normgebung im Steuerrecht ⁽³⁾	2	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich der (nationalen) Normgebung im Steuerrecht (Kompetenzen von Regierung und Parlament nebst Bund und Ländern, Finanzausgleich)	8
Die Teilnehmer lernen das konkrete Verfahren der (europarechtlichen) Normgebung im Steuerrecht ⁽³⁾	3	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich der (europ.) Normgebung im Steuerrecht (Kompetenzen von Kommission europäischem Parlament und weiteren Institutionen)	8
Die Teilnehmer verstehen die normativen Hierarchien im Bereich des primären und sekundären Unionsrecht und dessen Einfluss auf das nationale Recht	4	Systematik der normativen Hierarchien im Bereich des primären und sekundären Unionsrechts. Einfluss des primären und sekundären Unionsrechts auf das nationale Recht	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Europa und die Umsatzsteuer	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmer lernen die historische Entwicklung von EU und Umsatzsteuer kennen. ⁽¹⁾	1	Historische Entwicklung von EU und Umsatzsteuer, Darstellung der Begrifflichkeiten	6
Die Teilnehmer lernen Verfahren der Rechtssetzung im Bereich des primären und sekundären Gemeinschaftsrechtes im Lichte der Umsatzsteuer. ⁽³⁾	2	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich des primären und sekundären Gemeinschaftsrechtes unter besonderer Betrachtung der Umsatzsteuer	8
Die Teilnehmer erlernen die Bedeutung des EuGH im Hinblick auf die Umsatzsteuer (insb. Vorlageverfahren) ⁽³⁾	3	Bedeutung des EuGH im Hinblick auf die Umsatzsteuer (insb.: Das Vorlageverfahren)	8
Die Teilnehmer erlernen die Bedeutung der Grundfreiheiten im Hinblick auf umsatzsteuerliche Normen. ⁽³⁾	4	Bedeutung der Grundfreiheiten im Hinblick auf umsatzsteuerliche Normen innerhalb der europäischen Union	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Fehlverhalten von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen das Fehlverhalten von Beamten disziplinarrechtlich beurteilen können und das Verfahren sowie mögliche Konsequenzen kennen. (3)</p> <p>Die Studierenden sollen das Fehlverhalten von Angestellten im öffentlichen Dienst zivilrechtlich einordnen können und in den Kontext der entsprechenden Vorschriften des BGB bringen.</p> <p>Die Studierenden sollen kennen, welche arbeitsrechtlichen bzw. prozessualen Möglichkeiten einem Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, um sich gegen eine arbeitsrechtliche Maßnahme des Arbeitgebers zur Wehr zu setzen. (3)</p>	<p>1 Fehlverhalten von Beamten</p> <p>1.1 Begriff und Voraussetzungen eines Dienstvergehens § 47 BeamStG</p> <p>1.2 Die Pflichten von Beamten nach §§ 33 ff. BeamStG und BayBG</p> <p>1.3 Disziplinarmaßnahmen</p> <p>1.4 Beamtenrechtliche Nebenfolgen</p> <p>1.5 Der Ablauf des Disziplinarverfahrens</p> <p>1.5.1 behördliches Verfahren</p> <p>1.5.2 gerichtliches Verfahren</p>	<p>5</p> <p>5</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>4</p> <p>4</p>
	<p>2 Fehlverhalten von Angestellten im öffentlichen Dienst</p> <p>2.1 Arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Fehlverhalten eines Arbeitnehmers (Ermahnung, Abmahnung, verhaltensbedingte Kündigung)</p> <p>2.2 Voraussetzungen und Ablauf einer Kündigungsschutzklage nach § 4 KSchG iVm. § 2 I Nr. 3 ArbGG</p>	<p>8</p> <p>4</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Gesundheitsmanagement in der Verwaltung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmenden erkennen die Bedeutung von Gesundheitsmanagement für die Verwaltung. ⁽³⁾	1	Die Bedeutung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit für die Verwaltung	2
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über Möglichkeiten der Gestaltung von Gesundheitsmanagement im Arbeitsalltag. ⁽²⁾	1.1	Kosten von Absentismus und Präsentismus	
	1.2	Demografischer Wandel	
	2	Das behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) in der bayerischen Verwaltung	2
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über unterschiedliche Modelle der Entstehung und Bewältigung von Stress. ⁽³⁾	3	Begriffsklärung	8
	3.1	Gesundheit	
	3.2	Arbeitsfähigkeit	
	3.3	Präsentismus / Absentismus	
	3.4	Resilienz	
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) in der bayerischen Staatsverwaltung. ⁽³⁾	3.5	Verhältnis- / Verhaltensprävention	
	3.6	Stress / Ressourcen / Stressoren	
	3.7	Burnout und Depression	
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über den Umgang mit schwierigen Situationen im Arbeitsalltag. ⁽³⁾	3.8	Mobbing / Bossing / Straining	
Die Teilnehmenden können auf der Grundlage des Erlernten und dem vorhandenen Ist-Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten. ⁽⁴⁾	4	Modelle der Stressentstehung und Stressbewältigung	10
	4.1	Das Belastungs- Beanspruchungsmodell	
	4.2	Das Anforderungs-Kontroll-Modell	
	4.3	Das transaktionale Stressmodell	
	4.4	Das Modell beruflicher Gratifikationskrisen	
			4

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>5 Vorschläge zur Optimierung des BGM in der bayerischen Verwaltung und zum Umgang mit schwierigen Situationen im Arbeitsalltag.</p>	<p>4</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Grunderwerbsteuerrecht	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen einen Einblick in das Grunderwerbsteuerrecht und insbesondere in gesellschaftsrechtliche Grunderwerbsteuervorgänge erhalten. Danach sollen Sie in der Lage sein, - Grunderwerbsteuerrelevante Sachverhalte zu erkennen, - diese zutreffend einzuordnen, - und sodann steuerrechtlich zutreffend zu lösen ⁽³⁾	<p>Grundzüge des Grunderwerbsteuerrechts</p> <p>1 Begriff der Grunderwerbsteuer und Überblick über die einzelnen Tatbestände, Rechtsentwicklungen</p> <p>2 Einheitliches Vertragswerk und Abgrenzungsproblematik</p> <p>3 Umwandlungsvorgänge</p> <p>3.1 Grundlagen 3.2 Verschmelzung und Spaltung als Formen der Umwandlung 3.3 Steuerbarkeit</p> <p>4 Anwachsungs- und Einbringungsvorgänge</p> <p>4.1 Grundlagen 4.2 Steuerbarkeit</p> <p>5 Fiktionstatbestände</p> <p>5.1 Änderung des Gesellschafterbestandes einer grundbesitzenden Personengesellschaft (§ 1 Abs. 2a GrEStG) 5.2 Anteilsvereinigung und Anteilsübertragung (§ 1 Abs. 3 GrEStG) 5.3 Wirtschaftliche Beteiligung (§ 1 Abs. 3a GrEStG)</p> <p>6 Steuerbegünstigungen bei Grundstücksübergang von einer bzw. auf eine Gesamthand (§ 5, § 6 GrEStG)</p> <p>7 Fallbeispiele (oben enthalten)</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>5</p> <p>8</p> <p>9</p> <p>4</p> <p>-</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Haftung für Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die Grundsätze der materiellen Haftungsnormen für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis kennen und in das System der Abgabenordnung einordnen können. ⁽²⁾	1 Überblick über die wichtigsten materiell-rechtlichen Haftungsnormen für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis im Steuerrecht und Zivilrecht	3
	2 Grundsätze der Haftungsansprüche	2
	2.1 Entstehung § 38 AO 2.2 Erlöschen § 47 AO 2.3 Fälligkeit § 220 AO	
Die Studierenden sollen den Haftungstatbestand mit seinen Bezügen zu LSt und USt auf konkrete Fälle anwenden können und ein Verständnis für seine Funktion entwickeln. ⁽²⁾	3 Haftung der Vertreter § 69 AO	8
	3.1 Kreis der Haftungsschuldner	
	3.2 Verhältnis Steuerschuld zu Haftungsschuld	
	3.3 Schuldhaftigkeit der Pflichtverletzung	
	3.4 Inhalt der maßgebenden Pflichten, Bezug zu LSt und USt	
	3.5 Kausalzusammenhang 3.6 Haftungsumfang, Gegenstand der Haftung	
Die Studierenden sollen die strafrechtliche Komponente des Steuerrechts in Bezug zu der Haftungsnorm des § 71 AO bringen und den Sinn der Vorschrift verstehen und umsetzen lernen.	4 Haftung des Steuerhinterziehers § 71 AO	4
	4.1 Kreis der haftenden Personen	
	4.2 Haftungsumfang Definition der verkürzten Steuern Vermögensschaden	
	4.3 Konkurrenzen zu anderen Haftungsnormen	

Haft H

Stand: 11/21

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen den Sinn und die Eigenart der gegenständlichen Haftung des § 74 AO verstehen und die Vorschrift auf einen konkreten Sachverhalt anwenden können.	5 Haftung des Eigentümers von Gegenständen § 74 AO 5.1 Persönliche, gegenständliche, beschränkte Haftung 5.2 Betrieblich genutzte Gegenstände 5.3 Wesentliche Beteiligung 5.4 Haftungsumfang Betriebliche Steuern 5.5 Geltendmachung der Haftung	4
Die Studierenden sollen die Eigenart der Haftung nach § 75 AO als gegenständliche Ausfallhaftung nach ihrem Sinngehalt verstehen und anwenden lernen.	6 Haftung des Betriebsübernehmers § 75 AO 6.1 Unternehmen 6.2 Übereignung im Ganzen 6.3 Erwerb eines lebenden Unternehmens 6.4 Haftungsumfang 6.5 Haftungszeitraum 6.6 Frist für die Festsetzung 6.7 Haftungsbeschränkung	4
Die Studenten sollen verstehen lernen, dass im Wirtschaftsrecht die Haftung für Verbindlichkeiten aus dem öffentlich-rechtlichen Steuerschuldverhältnis zusätzlich auch aus zivilrechtlichen Haftungsnormen resultiert.	7 Zivilrechtliche Haftungsnormen 7.1 Haftung des Firmenübernehmers § 25 HGB in Abgrenzung zu § 75 AO 7.2 Haftung des Gesellschafters einer Personengesellschaft § 128 HGB 7.3 Haftung eines eintretenden Gesellschafters § 130 HGB 7.4 Haftung eines ausgeschiedenen Gesellschafters § 160 HGB	5

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none">- unterrichtsbegleitende Arbeitsblätter mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben- gesonderte Übungsaufgaben zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Google, Facebook, Twitter ... die ersten Schritte in die internationalen Steuerergestaltungen	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen	1	Ökonomische Grundlagen von Verrechnungspreisen
- die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Verrechnungspreisbildung kennen ⁽²⁾	1.1	Innerbetriebliche Leistungsverrechnung
	1.2	Abgrenzung von Märkten
	1.3	Preisbildung auf Märkten
- die unterschiedlichen Verfahren der Ermittlung von Verrechnungspreisen darstellen und einordnen können ⁽²⁾	2	Praktische Umsetzung
	2.1	Standardmethoden zur Verrechnungspreisbildung
	2.2	Gewinnorientierte Verrechnungspreismethoden
	2.3	Dokumentationspflichten
	2.4	Internationale Verfahrensfragen
- dieses Wissen anhand von Fallbeispielen darstellen und erörtern können ⁽³⁾	3	Unterschiede zwischen deutscher und internationaler Rechnungslegung

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Liquidation einer Kapitalgesellschaft	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen den Ablauf der Liquidation einer Kapitalgesellschaft im Zivilrecht und Steuerrecht kennen.</p> <p>Sie sollen die körperschaftsteuerliche Besteuerungssystematik beherrschen, den Liquidationsgewinn, die Abwicklung des steuerlichen Einlagekontos und des Sonderausweises begründen und berechnen können.⁽³⁾</p>	<p>1 Liquidationsbesteuerung auf Ebene der Kapitalgesellschaft (insbesondere GmbH)</p>	
	1.1 Die Auflösung und Liquidation der GmbH im Zivilrecht; § 60 ff GmbHG (insbesondere: Gründe, Ablauf, Sperrjahr, Vermögensverteilung, Löschung)	4
	1.2 Körperschaftsteuerliche Behandlung; § 11 KStG	
	1.3 Besteuerungszeitraum (insbesondere Abwicklungszeitraum, Wirtschaftsjahr, Rumpfwirtschaftsjahr) § 11 I KStG	4
	1.4 Ermittlung des Abwicklungsgewinns (Abwicklungs-Endvermögen, Abwicklungs-Anfangsvermögen); § 11 II bis IV KStG	4
	1.5 Korrekturen nach den üblichen Einkommensermittlungsgrundsätzen; § 11 VI KStG	4
	1.6 Auswirkung auf das steuerliche Einlagekonto und den Sonderausweis; § 27 und § 28 KStG	4
	<p>2 Auswirkung der Liquidation auf Ebene der Gesellschaft</p>	
	2.1 Kapitalertrag gem. § 20 I Nr.2 (ggf. VIII) EStG	6
	2.2 Auswirkung der Rückzahlung von Nennkapital und Einlagekonto auf den privaten und betrieblichen Bereich	4
<p>Die Studierenden sollen die Auswirkung der Liquidation auf Ebene der Gesellschafter systematisch richtig einordnen können und die steuerlichen Auswirkungen beherrschen.⁽³⁾</p>		



Literaturliste Schwerpunktfächer (zum allg. Überblick und zur Einarbeitung in die gewählten Themen)

Besondere Besteuerungsformen und -verfahren in der Umsatzsteuer

Die Teilnehmer lernen Abwandlungen und Systembrüche des Allphasennetto-Umsatzsteuer-Systems mit Vorsteuerabzug kennen und sollen dabei unter Anleitung besondere Besteuerungsformen und -verfahren, sowie ausgewählte Spezialthemen in der Umsatzsteuer kennenlernen.

Literaturhinweise:

Kortschak, Lehrbuch Umsatzsteuer, NWB-Verlag
Rau/Dürrwächter, Kommentar zur Umsatzsteuer
Reiß/Kraeusel/Langer, Kommentar zur Umsatzsteuer
Schwarz/Widmann/Radeisen, Kommentar zur Umsatzsteuer
Birkenfeld/Wäger, Kommentar zur Umsatzsteuer

Coaching in der Verwaltung

In vielen Wirtschaftsunternehmen, aber auch der öffentlichen Verwaltung (z.B. Bundesministerium des Innern, Stadt München, Landesamt für Finanzen) werden Lern- und Beratungsformen wie Supervision und Coaching teilweise seit Jahren bereits erfolgreich eingesetzt.

In dieser Veranstaltung werden Grundprinzipien des Coaching, Methoden, Möglichkeiten und Grenzen für den Einsatz in der bayerischen Steuerverwaltung beleuchtet.

Literaturhinweise:

Bundesministerium des Innern: Informationen zum Coachingzentrum der BAKöV
Muenchen.de - das offizielle Stadtportal: Coaching
<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Personal-und-Organisationsreferat/Personalentwicklung/Coaching.html>
www.coaching-report.de

Deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich

Nach den Angaben der Dozenten ist der ausführliche Lehrplan hierzu ausreichend, um die Inhalte zu erfassen (er findet sich auf der homepage des Fachbereichs) und die Literaturhinweise in den Skripten zu FWL, ökVh und BWL anzusehen.

Europäisches Gesetzgebungsverfahren und nationales Steuerrecht

Ziel der Veranstaltung ist, dass die Teilnehmer die Entwicklung der Gesetzgebung im nationalen und europäischen Steuerrecht kennenlernen. Dabei ist der Fokus sowohl auf das konkrete Verfahren der nationalen Normgebung im Steuerrecht gerichtet als auch auf das konkrete Verfahren der europarechtlichen Normgebung im Steuerrecht.

Schließlich wird ein Grundverständnis für die normativen Hierarchien im Bereich des primären und sekundären Unionsrechts und dessen Einfluss auf das nationale Recht vermittelt.

Literaturhinweise

- * Skript im Öffentliche Recht (G1 und G2A) zu verweisen.
- * EUV/AEUV Kommentare (u.a. Streinz Beck'scher Kurzkommentar)
- * Grüne Reihe: Staats- und Europarecht von Prof. Walter Maier
- * NWB: Öffentliches Recht und Europarecht Hrsg. Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang
- * bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177173/ordentliches-gesetzgebungsverfahren
- * europarl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/gesetzgebungsverfahren
- * bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Europa/Funktion/gesetzgebung_union/_node.html

Europa und die Umsatzsteuer

Ziel der Veranstaltung ist, dass die Teilnehmer die historische Entwicklung von EU und Umsatzsteuer kennen lernen. Dabei werden die Verfahren der Rechtssetzung im Bereich des primären und sekundären Gemeinschaftsrechts im Lichte der Umsatzsteuer besprochen. Des Weiteren erlernen die Teilnehmer die Bedeutung des EuGH im Hinblick auf die Umsatzsteuer (insb. Vorabentscheidungsverfahren). Schließlich wird die Bedeutung der Grundfreiheiten im Hinblick auf umsatzsteuerliche Normen vermittelt.

Als Literaturhinweis ist auf das Skript im Öffentlichen Recht (G1 und G2A) sowie auf die Unterlagen zur Umsatzsteuer zu verweisen.

Gesundheitsmanagement in der Verwaltung

Bisher wurde dem Thema Gesundheitsmanagement vor allem mit dem Fokus der demografischen Entwicklung in der Verwaltung Aufmerksamkeit geschenkt. Nach aktuellen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO) weisen darüber hinaus in jüngster Zeit bereits Auszubildende zum Teil erhebliche Defizite bei Gesundheitszustand und Gesundheitsverhalten auf (Fehlzeitenreport 2015).

Ziel dieser Veranstaltung ist vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Gesundheit von Mitarbeiter/ -innen für die Finanzverwaltung aufzuzeigen sowie Möglichkeiten und Grenzen des Gesundheitsmanagements in der bayerischen Finanzverwaltung auszuloten.

Literaturhinweise:

Handlungsleitfaden zum Behördlichen Gesundheitsmanagement (BGM) des (damaligen) Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen
Bertelsmann Stiftung: Führung, Resilienz und Gesundheit

Stressreport Deutschland 2012
TK-Gesundheitsreport 2015
Fehlzeitenreport 2015

Google, Facebook, Twitter... die ersten Schritte in die internationalen Steuergestaltungen

In der globalisierten Welt ist für einige Konzerne das Optimieren der Steuerlast, im Klartext: das Verlagern von Steuersubstrat in niedrig besteuerte Staaten, eine wichtige Strategie. Die Vermeidung einer Doppelbesteuerung und die Kostenminimierung haben für diese Unternehmen einen sehr hohen Stellenwert.

Die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) hat sich damit im Rahmen des Projekts BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) beschäftigt und eine Vielzahl von Strategien und Maßnahmen entwickelt, welche teilweise in nationales Recht umgesetzt wurden. Aber wie wird Steuersubstrat seitens der Unternehmen verlagert?

Verrechnungspreise heißen die Rechengrößen, mit denen Warenlieferungen und Dienstleistungen konzernintern belastet werden. Diese zu prüfen gewinnt weltweit einen immer größeren Stellenwert in den Finanzverwaltungen und verlangt neben den steuerrechtlichen Kenntnissen auch ein tieferes ökonomisches Verständnis auf Seiten der Prüfenden.

Auf Basis der ökonomischen Grundlagen (innerbetriebliche Leistungsverrechnung, Preisbildung und Abgrenzung von Märkten) werden in diesem Seminar Verrechnungspreismethoden, Dokumentationspflichten und Verfahrensfragen diskutiert.

Literatur:

- Naumann / Groß, Die Dokumentation von Verrechnungspreisen – Der OECD Bericht zu Maßnahme 13 des BEPS Action Plan (IStR 2014, S. 792)
- van der Ham / Thier, Die Bestimmung von konzerninternen Verrechnungspreisen im -Spannungsfeld von Steuern und Controlling (IStR 2015, S. 168)
- BMF, Schreiben v. 23.02.1983, IV C 5 – S 1341 – 4/83, BStBl I 1983, S. 218 (Verwaltungsgrundsätze 1983) wurde ersetzt durch das BMF Schreiben vom 14.07.2021
- BMF, Schreiben v. 30.12.1999 BStBl 1999 S. 1122
- BMF, Schreiben v. 12.4.2005 BStBl 2005 I S.570 (Verwaltungsgrundsätze-Verfahren 05) wurde ersetzt hinsichtlich des formell rechtlichen Teils durch Verwaltungsgrundsätze 2020 – BMF, Schreiben vom 03.12.2020, BStBl I 2020, 1325 und hinsichtlich des materiell rechtlichen Teils durch Verwaltungsgrundsätze Verrechnungspreise, BMF Schreiben vom 14.07.2021 und Anlagen
- Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung (GAufzV) – ab 2017 geänderte Fassung für Wj beginnend nach dem 31.12.2016
- OECD-Guidelines 2017

Grundzüge des Grunderwerbsteuerrechts

Es soll ein Einblick in das Grunderwerbsteuerrecht und insbesondere in gesellschaftsrechtliche Grunderwerbsteuervorgänge vermittelt werden.

Literaturhinweise:

Kommentare zum GrEStG von Boruttau, 19. Auflage; von Hofmann, 11. Auflage und von Pahlke, 6. Auflage; Behrens/Wachter 1. Auflage (im Juris verfügbar);
Elektronische Grunderwerbsteuerkartei im AIS
BFH- Rechtsprechung

Haftung für Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis

Zur Vorbereitung können die Teilnehmer sich mit Hilfe einschlägiger AO-Lehrbücher den Zweck der Haftung sowie den Unterschied zwischen Steuer- und Haftungsanspruch erarbeiten und sich in die Voraussetzungen und Rechtsfolgen der materiellen Haftungsnormen §§ 69, 74 und 75 einlesen.

Liquidation einer Kapitalgesellschaft

Beschreibung

Kapitalgesellschaften werden durch Liquidation vollbeendet.

Das Thema umfasst die zivilrechtliche und steuerliche Behandlung auf Ebene der Kapitalgesellschaft und auch die weitere steuerliche Behandlung bei den Gesellschaftern.

1. Auf Ebene der Kapitalgesellschaft

1.1. Zivilrecht

- Sinn und Zweck der der Liquidationsbesteuerung
- Gründe für die Liquidation einer GmbH
- Zivilrechtlicher Ablauf der Auflösung und Abwicklung einer GmbH

1.2. Besteuerungssystematik auf Ebene der Kapitalgesellschaft

- Besteuerung gem. § 11 KStG mit Bestimmung des Besteuerungszeitraums und die Berechnung des Abwicklungsgewinns
- Behandlung des steuerlichen Einlagekontos gem. § 27 KStG und des Sonderausweises gem. § 28 KStG

2. Auf Ebene der Gesellschafter

- Entstehen von Einkünften aus Kapitalvermögen gem. § 20 Abs. 1 Nr. 2 EStG
- Entstehen von Einkünften aus Gewerbebetrieb gem. § 17 Abs. 4 EStG

Neben den gesetzlichen Grundlagen des EStG, KStG und GmbHG bietet sich noch folgende Literatur / Quellen an:

- Lehrbuch KSt der „grünen Reihe“ (Erich Fleischer Verlag)
- Lehrbuch KSt der „blauen Reihe“ (Schäffer-Poeschel Verlag)
- Praxisfälle Körperschaftsteuer Band 5 (Erich Fleischer Verlag)
- Großkommentare zum ESt- / KSt-Recht (ins. Dötsch/Pung/Möhlenbrock oder Littmann/Pust)
- Kommentar zum GmbH-Recht (insb. Lutter/Hommelhoff)
- Praxishandbuch NRW (aufrufbar über juris.de)
- Lehrgangsunterlagen KSt (aufrufbar im AIS unter [Themen](#) > [Steuerrecht](#) > [Ertragsteuern und Nebengesetze](#) > [Körperschaftsteuer](#) > [Lehrgangsunterlagen KSt](#))

Mobbing

- Die Veranstaltung soll einen Überblick über das Thema Mobbing, Erscheinungsformen, Folgen für den Betroffenen sowie für die Behörde geben sowie Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, mit denen gegen Mobbing vorgegangen werden kann.
- Blum, H. & Beck, D. (2014). Shared Responsibility Approach. Interventionsansatz gegen Mobbing am Arbeitsplatz. Köln: fairaend.
- Esser, A. & Wolmerath, M. (2015, 9.Auflage). Mobbing und psychische Gewalt: Ratgeber für Betroffene und ihre Interessenvertretung. Frankfurt/M: Bund- Verlag.
- Leymann, H. (2013). Mobbing - Psychoterror am Arbeitsplatz und wie man sich dagegen wehrt. Rowohlt: ebook.
- Wolmerath, M. (2019). Mobbing: Rechtshandbuch für die Praxis. Baden-Baden: Nomos
- Wyra, H. (2017). Mobbing nicht mit mir! Warum es jeden treffen kann - wie man sich wehrt. München: Goldmann.
- Zuschlag, B. (2001, 3. Auflage)). Mobbing: Schikane am Arbeitsplatz. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.

Praxisrelevante Korrektornormen außerhalb der AO

Das Schwerpunktthema „Praxisrelevante Korrektornormen außerhalb der AO“ beschäftigt sich mit der Einarbeitung in eine bislang im Rahmen der Ausbildung nicht vorgestellte praxisrelevante Korrekturvorschrift mit anschließender Präsentation. Zur Auswahl stehen die Vorschriften: § 10d EStG, § 32a KStG, § 29 ErbStG und § 35b GewStG.

Zur Vorbereitung auf dieses Thema eignet sich die einschlägige Fachliteratur bzw. Kommentierung.

Realteilung

Hintergrund:

Wird nach Auflösung einer Personengesellschaft das **Gesellschaftsvermögen** nicht „versilbert“, d.h. nicht an Dritte veräußert, sondern **an die Gesellschafter** untereinander **verteilt**, spricht man von **Realteilung**. Bei Vorliegen der Voraussetzungen insb. der §§ 16 Abs.3 S.2 ff EStG führt ein solcher Vorgang zum **zwingenden Buchwertansatz**, d.h. zur steuerneutralen Trennung der Gesellschafter.

Schwierigkeiten bereitet die Situation, in der **Ausgleichszahlungen** aus **privaten** Mitteln unter den Gesellschaftern geleistet werden (sog. Spitzenausgleich). Dies gilt insb. für die Frage, **in welcher Höhe** die Ausgleichszahlung als laufender **Veräußerungsgewinn** anzusehen ist.

Literatur:

1. „Personengesellschaft im Steuerrecht“, Zimmermann, Hottmann u.a., 11. Auflage, J Rz. 236 ff., S. 923 ff.

2. Aufsatz von Dr. Schulze: Grundzüge der Realteilung einer Mitunternehmerschaft, Steuer und Studium 2014, Hefte 10 und 11
3. Klingebiel, Patt, Rasche, Krause, „Umwandlungssteuerrecht“, 3. Auflage, 2012, S.621 ff., Schäfer-Poeschl
4. BMF-Schreiben vom 19.12.2019, ESt-Handbuch 2018, Anhang 24 III

Strafbefreiende Selbstanzeige

In der jüngsten Vergangenheit haben verschiedene Selbstanzeigen ein zum Teil sehr großes mediales Echo erzeugt, so dass selbst steuerlichen Laien mittlerweile der Begriff der Selbstanzeige bekannt ist. Es soll ein Einblick in das Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige vermittelt werden. Ziel der Veranstaltung ist das Erkennen einer Selbstanzeige in der späteren dienstlichen Verwendung durch die Studierenden sowie die Vermittlung von Grundkenntnissen zu den Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer strafbefreienden Selbstanzeige.

Literaturhinweise:

Kommentare zur Abgabenordnung
 BFH Rechtsprechung
 Lehrbücher zum Steuerstrafrecht

Die Tarifbegrenzung für nicht entnommene Gewinne nach § 34a EStG

Die Teilnehmer sollen ein weiteres Besteuerungssystem bei natürlichen Personen kennenlernen und ein Grundverständnis für die Vorschrift entwickeln. Daneben werden die steuer- und verfahrensrechtlichen Besonderheiten, ausgewählte Praxisprobleme sowie die wirtschaftliche Bedeutung näher beleuchtet.

Literaturhinweise:

Bundestagsdrucksachen
 BMF-Schreiben vom 11.08.2008
 Verfügungen
 Praxishandbuch der Finanzverwaltung NRW (Juris)
 BFH 13.2.2017, X B 72/16 (NV), BFH/NV 2017 S. 765 (Verfahrensrecht)
 Harle/Geiger, StBp 2009, 39-45

Unternehmensbewertung

Das Schwerpunktfach beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

1. Bewertungsanlässe

- Welche Anlässe gibt es, die eine Unternehmensbewertung erforderlich machen?
- Hat der Anlass Auswirkung auf den Wert?
- Wodurch ergeben sich ggfs. Wertunterschiede?
- Gibt es den „einen“ Wert für das Unternehmen?

2. Unternehmenswertfindung

- Was macht den Wert eines Unternehmens aus?
- Welche Faktoren würden Sie als Käufer eines Unternehmens bei der Kaufpreisfindung berücksichtigen und wie würden Sie diese ggfs. gewichten?
Berücksichtigen Sie hierbei unterschiedliche Branchen:
Handel - Handwerk/Fertigung - Dienstleistungsbetriebe - Freie Berufe - Sonstige

3. Überblick über die Ermittlung von Unternehmenswerten nach dem IDW S 1

- Äquivalenzgrundsätze
- DCF-Verfahren
- „zukünftige finanziellen Überschüsse“
- Kapitalisierungszinssatz

4. Unterschiede zum vereinfachten Ertragswertverfahren

5. Folgerungen für die Beurteilung von Unternehmenswertgutachten

Literatur (Bibliothek Kaufbeuren und Herrsching):

„Unternehmensbewertung für die Erbschaftsteuer“ von Christoph Wollny, NWB-Verlag

Internetrecherche:

z.B.: „Sonderrundschreiben Unternehmensbewertung“ Dr. Kleeberg & Partner GmbH,
www.kleeberg.de/.../Kleeberg_Sonderrundschreiben_2012_10_Unterne..

Verkehrswertermittlung von Grundstücken

Die Verkehrswertermittlung von Grundstücken ist als notwendige Grundlage bei Verkaufs- oder Kreditverhandlungen sowie auch bei vielerlei Besteuerungsvorgängen, z. B. beim Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts nach § 198 BewG, bei der Entnahme oder Einlage von Grundstücken (Teilwert entspricht i. d. R dem Verkehrswert), bei Betriebsaufgaben (gemeiner Wert nach § 16 Abs. 3 EStG), bei der vom BFH geforderten Kaufpreisaufteilung nach dem Verhältnis der Verkehrswerte usw. von unverzichtbarer Bedeutung.

Da jedes zu bewertende Grundstück bzw. jede zu bewertende Immobilie ein Unikat darstellt, bedarf es zur zutreffenden Wertermittlung einer umfangreichen Sachkenntnis. In der Wertermittlungspraxis obliegt diese Aufgabe daher zumeist den öffentlich bestellten Grundstücksachverständigen. Der Sachverständige hat dabei den Verkehrswert anhand der in § 194 Baugesetzbuch (BauGB) sowie in der seit dem Jahr 2010 gültigen Immobilienwertverordnung (ImmoWertV) gesetzlich verankerten Vorgaben zu ermitteln.

Lt. ImmoWertV sind drei Verfahren bei der Verkehrswertermittlung zulässig, nämlich das Vergleichs-, das Ertrags- sowie das Sachwertverfahren. Ihren rechtlichen Rahmen erhalten diese Verfahren durch die Sachwertrichtlinie, die Vergleichsrichtlinie sowie die Ertragswertrichtlinie."

Anhand der o. a. gesetzlichen Regelungen bzw. Richtlinien wird im Schwerpunkt-fach „Verkehrswertermittlung von Grundstücken“ die Wahl der zutreffenden Wertermittlungsart, die spezifischen Unterschiede der Wertermittlungsarten, die differenzierten Wertberechnungen, die Erfordernisse des steuerlichen Verkehrswert-

nachweises sowie die Durchführung einer Kaufpreisaufteilung auf Grundlage des Verkehrswerts thematisiert.

Weiterführende Hinweise finden sich bei einer Internetrecherche mannigfaltig bei Eingabe von Suchbegriffen wie „Verkehrswertermittlung“, „Grundstückswert“ o.ä.

Wissensmanagement in der Verwaltung

Das Thema Wissensmanagement gewinnt im Zeitalter der Digitalisierung und der dadurch zu bewältigenden Informationsflut auch in der Verwaltung immer mehr an Bedeutung. Nicht zuletzt stellt auch die demographische Entwicklung in der Beschäftigtenstruktur eine besondere Herausforderung für den Transfer impliziten Wissens dar. In diesem Schwerpunkt sollen anhand verschiedener Modelle des Wissensmanagements der aktuelle Stand und die Praxis des Wissensmanagements in der Steuerverwaltung analysiert sowie ggf. Optimierungspotenziale aufgezeigt werden.

Einstiegsliteratur

Haufe Whitepaper: Praxistaugliches Wissensmanagement für öffentliche Verwaltungen:
http://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/praxistaugliches-wissensmanagement-fuer-oeffentliche-verwaltungen_152_146298.html

Hasler Roumois, 2013, Studienbuch Wissensmanagement – Grundlagen der Wissensarbeit in Wirtschafts-, Non-Profit- und Public-Organisationen, 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Zürich: orell füssli

Senge, Peter, 2011, Die fünfte Disziplin – Kunst und Praxis der lernenden Organisation, 11., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Stuttgart: Schäffer-Pöschel

Stember, Jürgen und Rainer Grieger, 2015, Wissensmanagement in öffentlichen Verwaltungen – Neue Rahmenbedingungen, Instrumente und Pilotprojekte zur Bewältigung des demographischen Wandlungsprozesses, Forschungsbeiträge zum Public Management Band 9, Berlin: LIT

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Praxisrelevante Korrektur- normen außerhalb der AO	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen umfassend Anwendungsbereich und Regelungsgegenstand der unterrichteten Korrekturvorschriften beherrschen ⁽³⁾	1	Änderungsnormen nach dem ErbStG § 29 ErbStG	4
Die Studierenden sollen die Verwaltungsakte nach den Einzelsteuergesetzen unter dem Blickwinkel der einzelnen Korrekturtatbestände einordnen können, die Tatbestandsmerkmale und unterschiedliche Struktur der einzelnen Korrekturtatbestände eigenständig herausarbeiten und beschreiben und auf unbekannte Sachverhalte praxisgerecht anwenden können ⁽³⁾	2	Änderungsnormen nach dem EStG § 10d EStG	6
	3	Änderungsnormen nach dem KStG § 32a KStG	4
	4	Änderungsnormen nach dem GewStG § 35b GewStG	4
	5	Änderungsnormen nach dem GrEStG § 16 GrEStG	2
Die Studierenden sollen die Lehrinhalte in klarer und strukturierter Weise präsentieren können ⁽³⁾	6	Übungen und praxisorientierte Anwendung der theoretischen Grundlagen	10

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Realteilung	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen:	Realteilung einer Mitunternehmung	
Die Realteilung insbes. deren zivilrechtliche und steuerliche Grundlagen vorgestellt bekommen.	1 Begriff der Realteilung	2
Danach sollen Sie in der Lage sein,	2 Zivilrechtliche Grundlagen	8
- Komplexe Sachverhalte zu erfassen,	2.1 Abgrenzung zur Liquidation §§ 131 ff., 145, 161 Abs.2 HGB	
- diese zivilrechtlich zutreffend einzuordnen,	2.2 Einzelrechtsnachfolge § 480 BGB, §§ 929 ff. BGB	
- und sodann steuerrechtlich zutreffend zu lösen ⁽³⁾	2.3 Partielle Gesamtrechtsnachfolge n. § 123 Abs.1 Nr.1 UmwG (Spaltung)	
	3 Steuerrechtliche Grundlagen	12
	3.1 Abgrenzung von anderen Formen der Umstrukturierung	
	3.1.1 Fortführung des Betriebsvermögens gem. § 16 Abs.3 S.2 EStG	
	3.1.2 Abgrenzung zwischen Realteilung und Sachwertabfindung und Anteilsveräußerung	
	3.1.3 Auswirkungen von Ausgleichszahlungen	
	3.2 Fallgruppen	
	3.2.1 Realteilung ohne Spitzenausgleich	
	3.2.2 Realteilung mit Spitzenausgleich	
	4 Lösung von Fällen	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamt-Stunden 30	Hauptstudium
	Die strafbefreiende Selbstanzeige	Unterrichts-Stunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	1. Selbstanzeige bei vorsätzlicher Steuerhinterziehung	20
<p>Die Studierenden sollen das Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige dem Grunde nach verstehen.</p> <p>Die Studierenden sollen danach das Vorliegen einer Selbstanzeige in Abgrenzung zur Berichtigung nach § 153 AO erkennen, sowie deren Voraussetzungen und strafrechtlichen Folgen beherrschen.</p>	1.1 Sinn und Zweck der Selbstanzeige	1
	1.2 Abgrenzung zur Berichtigung nach § 153 AO	1
	1.3 Persönliche Wirkung	1
	1.4 Form	1
	1.5 Adressat	1
	1.6 Notwendiger Inhalt einer Selbstanzeige	6
	1.7 Nachentrichtung der Steuer, § 371 Abs. 3 AO	1
	1.8 Sperrgründe des § 371 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 AO	6
	1.9 Absehen von der Verfolgung in besonderen Fällen, § 398 a AO	2
	2. Selbstanzeige bei leichtfertiger Steuerverkürzung	4
	3. Rechtsfolgen einer wirksamen Selbstanzeige	2
	4. Besonderheiten bei Umsatzsteuer- und Lohnsteuervoranmeldungen	4
	(Anm: Die aktuelle Rechtslage ist darzustellen; auf die Änderungen der letzten Jahre ist nicht einzugehen)	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamt- stunden	30	Hauptstudium
	Die Tarifbegrenzung für nicht entnommene Gewinne nach § 34a EStG	Unterrichts- stunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalte	LVS
<p>Die Studierenden sollen die Thesaurierungsbegünstigung dem Grunde nach beherrschen.</p> <p>Die Studierenden sollen die Begünstigung richtig einordnen können und die steuerlichen Auswirkungen erkennen und beherrschen</p>	<p>I. Allgemeines</p> <p>1. Anwendungsbereich</p> <p>2. Verhältnis zu anderen Vorschriften</p> <p>II. Die Begünstigung n. § 34 I und II EStG</p> <p>1. Sachliche Voraussetzungen</p> <p>2. Persönliche Voraussetzungen/Antrag</p> <p>3. Der nicht entnommene Gewinn n. § 34 II EStG</p> <p>III. Begünstigungsbetrag n. § 34a III EStG</p> <p>IV. Nachversteuerung</p> <p>V. Beschränkung der Verlustnutzung</p> <p>VI. Verfahrensfragen</p> <p>1. bei Mitunternehmerschaften</p> <p>2. bei der natürlichen Person</p> <p>VII. Ausgewählte Praxisprobleme</p> <p>VIII. Wirtschaftliche Bedeutung</p> <p>.</p>	<p>30</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Unternehmensbewertung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen sich unter Anleitung einen Überblick über die Unternehmensbewertung verschaffen. ⁽²⁾	1 Einführung in die Thematik der Unternehmensbewertung	2
	2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen	8
	2.1 Begriffsbestimmungen	
	2.2 Wertermittlungsgrundsätze	
	2.3 Zielsetzungen	
	3 Bewertungen nach IDW Standards	8
	3.1 Bewertungssystematik	
	3.2 Zentrale Bewertungsparameter	
	4 Branchenspezifische Wertermittlungsverfahren	8
	4.1 Handel	
	4.2 Handwerk	
	4.3 Freie Berufe	
	4.4 Sonstige	
	5 Beurteilung und Prüfung von Wertermittlungsgutachten unter Einbeziehung des vereinfachten Ertragswertverfahrens	4

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Verkehrswertermittlung von Grundstücken	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen:	Verkehrswertermittlung von Grundstücken (in der Praxis)	
Die Verkehrswertermittlung von Grundstücken in der Steuerpraxis vorgestellt bekommen. Danach sollen sie in der Lage sein, einen vertiefenden Vortrag vorzubereiten und in ansprechender Weise zu halten ⁽²⁾	1 Allgemeines 1.1 Rechtsgrundlagen §§ 194 BauGB, ImmoWertV, ErtragswertR., SachwertR, VergleichswertR 1.2 Aufgriffsfälle in der Praxis (Betriebsaufgabe, Entnahme, Einlage, Veräußerungen an nahestehende Personen, Einbringungen, Schenkungen, Kaufpreisaufteilung etc.) 1.3 Wertdifferenzierung (Verkehrswert, gemeiner Wert, Bedarfswert, Teilwert)	2 2 2
	2 Grundsätze der Verkehrswertermittlung (Stichtag, Zweckgebundenheit, Verfahrenskonformität, Doppelberücksichtigungsverbote)	2
	3 Ermittlungsverfahren nach ImmoWertV 3.1 Vergleichswertverfahren (direktes und indirektes Verfahren) 3.2 Sachwertverfahren 3.3 Ertragswertverfahren	4
	4 Praktische Beispiele	6
	5 Vorstellung anderer Wertermittlungsverfahren (Discounted Cash Flow, BeWertV, Monte-Carlo-Verfahren; Massenbewertung und „Maklerformel“	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>6 Plausibilisierungsmöglichkeiten</p>	
	<p>7 Besondere Problemkreise (Denkmalschutz; Liquidationswert; Abbruch; Altlasten; Erbbaurecht; Nießbrauch, sonstige Rechte und Lasten; Spezialimmobilien; Außenbereichsimmobilien)</p>	8
	<p>8 Steuerliche Kaufpreisaufteilungen</p>	2

Fach	Schwerpunktfach	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Wissensmanagement in der Verwaltung	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmenden kennen Modelle, Methoden und Instrumente eines effektiven Wissensmanagements.</p> <p>Die Teilnehmenden erkennen die Bedeutung von effektivem Wissensmanagement in der Finanzverwaltung.</p> <p>Die Teilnehmenden haben einen Überblick über den Ist-Stand des Wissensmanagements in der Finanzverwaltung.</p> <p>Die Teilnehmenden können auf der Grundlage der erlernten Modelle, Methoden und Instrumente und dem vorhandenen Ist- Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten.</p>	<p>1 Begriffsklärung „Wissensmanagement“</p> <p>1.1 Begriffsklärung „Wissen“ (implizites Wissen /explizites Wissen / Erfahrungswissen / Kompetenz)</p> <p>1.2 Begriffsklärung „Wissensmanagement“</p> <p>1.3 Modelle über Wissensmanagement</p> <p>1.3.1 Wissenskreislauf nach Probst et. al.</p> <p>1.3.2 Die lernende Organisation (Senge)</p>	2
	<p>2 Bedeutung des Wissensmanagements in der Verwaltung</p> <p>2.1 Demografische Entwicklung</p> <p>2.2 Arbeitseffizienz</p>	2
	<p>3 Anwendungsfelder</p> <p>Einarbeitung / Umsetzung / Pensionierung / Erkrankung / Wissenssicherung</p>	6
	<p>4 Methoden und Instrumente des Wissensmanagements</p> <p>Datenbanken / Wiki / Yellow Pages / Wissenslandkarten / (De)Briefings / CoP / Coaching / KFB / Experteninterview ...</p>	10
	<p>5 Notwendige Rahmenbedingungen für ein gelungenes Wissensmanagement in der Finanzverwaltung</p> <p>z. B. Kulturwandel</p>	6
	<p>6 Überblick über Wissensmanagement – Maßnahmen in der Finanzverwaltung</p> <p>Wiki / AIS / Datenbanken ...</p>	2
	<p>7 Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung</p>	2